



Sunrise und Orange zum Zweiten
Der neue Sunrise-Präsident Dominik Koechlin erklärt, warum er Fusionsgespräche mit dem Konkurrenten weiter für möglich hält. **Seite 16**

Geschäft mit dem Terror
Wie Schweizer Firmen von der tödlichen Bedrohung profitieren. **Seite 5**

Schweiz gegen Irland
Standortförderer hoffen auf eine Abwanderungswelle von der Grünen Insel. **Seite 11**

Handelszeitung

24. NOVEMBER 2010 DIE SCHWEIZER WOCHENZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT www.handelszeitung.ch

FR. 4.80
EURO 3.50

Im Treibhaus der Trickser

KLIMASCHUTZ Vor dem grossen Klimagipfel in Cancún kommt der CO₂-Emissionshandel in Verruf. Fragwürdige Projekte, unklare Regeln und verfehlte Ziele gefährden seine Zukunft.

ARMIN MÜLLER

Selbst der Präsident der Uno-Generalversammlung ist pessimistisch. «Es dürfte erneut schwierig werden», beurteilt der Schweizer Joseph Deiss die Chancen, am Weltklimagipfel von nächster Woche in Mexiko den gesetzten Klimazielen einen Schritt weiterzukommen. Mittlerweile musste gar das Bundesamt für Umwelt eingestehen, dass die Schweiz ihr Ziel wohl verpassen wird.

Im Vorfeld des Gipfels verhandeln Uno-Gremien über die Zukunft der wichtigsten Klimaschutzprojekte des Kyoto-Protokolls und die wichtigsten Lieferanten für CO₂-Zertifikate für das EU-Emissionshandelssystem. Rund 70 Prozent aller bisher ausgestellten Zertifikate stammten aus Projekten, mit denen in Entwicklungs- und Schwellenländern die Vernichtung von besonders klimaschädlichen Industrieabgasen finanziert wurden.

Fragwürdige Methoden

Neue und unabhängige Untersuchungen zeigen, dass die Zuteilung der Emissionszertifikate für diese Projekte auf fragwürdigen Methoden basieren. Die tiefen Kosten für die Vernichtung der Abgase und die riesigen Gewinne mit den Zertifikaten setzen perverse Anreize: Die Produktion wurde aus sauberen westlichen Fabriken nach China verlagert, und chinesische Fabriken erhöhten die Produktion

des Klimakillers Adipinsäure, um mehr Zertifikate zu kassieren.

Der Emissionshandel gerät trotz Erfolgen zunehmend in heftige Kritik. Schon länger umstritten sind grosse Staudammprojekte. Neuere Untersuchungen bezweifeln nun auch die Rechtmässigkeit von Zertifikaten aus chinesischen Windkraftanlagen: Offenbar senkten die Behörden den Einspeisetarif für Windkraft, damit die Projekte Emissionszertifikate beantragen konnten.

Die Auditoren, welche die Klimaschutzprojekte im Auftrag der Uno prüfen, stecken in Interessenkonflikten und akzeptieren zu viele fragwürdige Projekte. Wegen Qualitätsproblemen wurden drei der grossen Auditoren je für drei Monate suspendiert, darunter im letzten Herbst auch die Schweizer Prüffirma SGS in Genf.

Noch ein Dämpfer

Jetzt soll die EU die Zertifikate aus Industriegasprojekten vom Emissionshandel verbannen. Händler rechnen mit dem Ausschluss ab 2013. Für den Handel ist das ein weiterer Dämpfer. Die hochfliegenden Pläne der Branche haben sich zerschlagen. Im vermeintlichen Zukunftsgeschäft macht sich Verunsicherung breit.

Die Chicago Climate Exchange, die mit grossen Hoffnungen und Unterstützung des Klimagurus Al Gore gestartete CO₂-Emissionsbörse in Chicago, gab vor einem Monat den Rückzug aus dem Handel bekannt – sie hält das Geschäft nicht mehr für erfolgversprechend, nachdem die politischen Realisierungschancen für ein Emissionshandelssystem in den USA sich verflüchtigt haben. Vor zwei Wochen stellte der CO₂-Broker Greyhound in London seine Tätigkeit wegen enttäuschender Geschäftsentwicklung ein. Ein anderer Händler, CantorCO2e, hatte schon im Sommer sein Büro in London aufgegeben.



Schlot einer Industriefabrik: Erste Anbieter steigen aus dem Emissionshandel aus.

Tettamanti und Wagner planen Ausstieg aus der BaZ

«BASLER ZEITUNG» In der Auseinandersetzung um die Zukunft des Basler Medienhauses kommt es zu einer dramatischen Wende: Die beiden Eigentümer der «Basler Zeitung Medien», Titto Tettamanti (75 Prozent) und Martin Wagner (25 Prozent), scheinen gemäss Gerüchten beschlossen zu haben, sich von ihrem Engagement zu trennen. Es soll zu einer hundertprozentigen Basler Lösung kommen. Nur das könnte die Rettung sein, heisst es in Basler Kreisen. Diese beschreiben die gegenwärtige Situation als «Flohzirkus».

Ursache des Ausstiegs der beiden Hauptaktionäre dürften die heftigen Proteste der letzten Tage sein. Mitte November war bekannt geworden, dass Christoph Blochers Beratungsfirma Robinvest einen Auftrag von den Eigentümern der «Basler Zeitung Medien» erhalten hatte. Ziel der Hauptaktionäre ist es, das Unternehmen organisatorisch und strategisch neu auszurichten, damit dieses wieder Gewinn abwirft. Im Geschäftsjahr 2008/09 resultierte bei einem Umsatz von 263 Millionen Franken ein operativer Verlust von 12 Millionen.

Doch der Name Blocher reizt die Redaktion der «Basler Zeitung» und die Basler Öffentlichkeit. Sie fürchten sich vor einer publizistischen Einflussnahme des SVP-Strategen. Die Beteuerungen von Tettamanti und Wagner, von einer inhaltlichen Involvierung Blochers in die «Basler Zeitung» könne keine Rede sein, beschwichtigten die Gemüter nicht. Knapp 18000 Personen haben mittlerweile das Unterschriftenformular «Basel braucht eine SVP-unabhängige Tageszeitung» auf der Webseite «Rettet-Basel.ch» unterschrieben. Wagner sitzt auch im Verwaltungsrat der Axel Springer Schweiz AG, die unter anderem die «Handelszeitung» herausgibt. (bab/pi)

MEHR ZUM THEMA

• Rahel Blocher – die unbekannte Chefin von Robinvest **Seite 10**

Das teure Comeback der Investmentbanker

UBS Seit Jahresbeginn hat die Schweizer Grossbank rund 1000 Investmentbanker eingestellt. Was vordergründig den Anschein von Aufbruchsstimmung erweckt, sorgt intern für Unmut. Denn mit der aggressiven Anstellungsoffensive, vor allem in London und New York, verändert sich das Lohngefüge innerhalb des Konzerns dramatisch zuungunsten der Private- und Retailbanker. Hochgerechnet auf ein Jahr dürfte ein Angestellter im Bereich Wealth Management & Swiss Bank durchschnittlich auf 173 000 Franken kommen. Demgegenüber verdient ein Investmentbanker rund 430 000 Franken. Was zusätzlich irritiert: Die Bank setzt auf Leute, die in der Finanzkrise keine gute Figur gemacht haben. (cb) **Seite 25**

Zweifel an Hayeks Wunderauto

BELENOS Der im Sommer verstorbene Nicolas G. Hayek gilt als Retter der Schweizer Uhrenindustrie. Doch mit dieser Leistung gab sich der Industrielle nicht zufrieden. 2007 gründete er die Firma Belenos, um eine Vision umzusetzen: Ein CO₂-freies Auto, das mit Strom vom Hausdach betankt wird. Schauspieler George Clooney und Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann sitzen im Verwaltungsrat.

Namhafte Experten bezweifeln, dass sich das Projekt je wird umsetzen lassen. Der ehemalige ABB-Forscher Ulf Bossel diskutierte das Vorhaben noch mit Nicolas G. Hayek persönlich. «Ich habe ihm immer davon abgeraten», sagt er. Belenos will für sein umweltfreundliches Auto keine Batterie verwenden, sondern eine so-

genannte Brennstoffzelle, die aus Wasserstoff und Sauerstoff Strom produziert. Dazu Bossel: «Der viel direktere Weg wäre es, auf dem Dach Strom zu erzeugen, diesen in eine Batterie zu leiten und dann herumzufahren.»

Konstantinos Boulouchos, Professor am Institut für Energietechnik der ETH Zürich, bestätigt: Die direkte Speicherung von Strom in der Batterie habe einen «superben Wirkungsgrad». Dieser liegt bei einem Batteriefahrzeug bei über 70 Prozent, Belenos käme nur auf 30 bis 35 Prozent, so Boulouchos. Laut dem Berater und ETH-Dozenten Peter de Haan setzt die Autoindustrie auch aus diesem Grund längst auf die Batterie und nicht mehr auf die Brennstoffzelle. (mju) **Seite 9**



BELEA ADEL/SALVADOR FRESNEDA

First Samt, Seide und Spitze: Mit Stil in die Ballsaison

Das Magazin für guten Stil zeigt glamouröse Mode, Autos mit Charme und hochkarätige Zeitmesser. **Magazin-Beilage**

9 771422 897004 47

HZ NR. 47

Schweiz im Devisenrausch
Noch nie handelten Anleger so viel mit Währungen. **Seite 33**

Teure Anlagefonds
Die neuen EU-Regeln belasten Anleger mit höheren Kosten. **Seite 61**

THE WALL STREET JOURNAL.

EUROPE

Die Profiteure der Krise: Einst waren Risikomanager graue Mäuse, heute sind sie die neuen Stars. **Seite 29**

Redaktion: Friburgerstrasse 70, 8021 Zürich, Telefon 043 444 59 00
Abonnemente: Telefon 043 444 58 93 Inserate: Telefon 043 444 58 44
AZA 8021 Zürich, 149. Jahrgang

ANZEIGE

Chopard
CLASSIC RACING COLLECTION
CLASSIC RACING SUPERFAST CHRONOGRAPH



Heart beats

150th
ANNIVERSARY
1860|2010

INHALT

Terror bringt Umsatz
Schweizer Firmen profitieren, wenn die Angst umgeht und das Bedürfnis nach Sicherheit wächst. **Seite 5**

MEINUNG
Robert Shiller
Der US-Starökonom über den Kampf gegen die Staatsschulden. **Seite 7**

Alfred Mettler
Warum Obergrenzen für Boni laut dem Finanzprofessor sinnlos sind. **Seite 7**

UNTERNEHMEN
Hayeks Phantom
Das Ökoauto der von Nicolas G. Hayek gegründeten Firma Belenos hat laut Experten wenig Chancen. **Seite 9**

Abschied von Irland
Weil Irland in der Krise steckt, überlegen sich viele Firmen einen Wegzug. Ein Ziel: Die Schweiz. **Seite 11**

Griechische Tragödie
Roche und Novartis drohen Millionen-abschreiber, weil griechischen Spitätern das Geld ausgeht. **Seite 13**

HZ-GESPÄCH
Dominik Koechlin
Der neue Verwaltungsratspräsident von Sunrise erklärt, wie er gegen die Swisscom bestehen will. **Seite 16**

MANAGEMENT
Die Egomanen
Anfänger im Management kennen noch Selbstzweifel. Alte Hasen dagegen überschätzen sich oft. **Seite 19**

FINANZ
Die Golden Boys
Die UBS rekrutiert massiv Investmentbanker. Darunter solche, die in der Krise keine gute Figur machten – und dennoch hohe Saläre beziehen. **Seite 25**

Präsident gesucht
Warum die Firma noch immer keinen Nachfolger für Eugen Haltiner gefunden hat. **Seite 27**

Neue Banken
Trotz des schwierigen Umfelds eröffnen prominente Banker eigene Institute. **Seite 28**

INVEST
Währungsroulette
Die Turbulenzen rund um Euro und Dollar locken Kleinanleger in Scharen an. **Seite 33**

Investment Marke
Firmen mit starken Brands sind bei Anlegern gesucht. Doch auch die Kennzahlen müssen stimmen. **Seite 34**

Heisse Rohstoffwetten
Finanzinvestoren heizen die Preise bei den Rohwaren an. Das kann zu heftigen Korrekturen führen. **Seite 37**

SAVOIR VIVRE
Frauenpower im Alentejo
Wie zwei Frauen für beste Qualität aus den besten Wein-Lagen Portugals sorgen. **Seite 45**

RUBRIKEN
Karikatur der Woche **Seite 6**
Genial! **Seite 7**
Sesselwechsel! **Seite 22**
Personen-/Firmenindex **Seite 23**
Geldfrage **Seite 33**
Börsenausblick **Seite 34**
Networking **Seite 47**
Impressum **Seite 47**

Special



Anlagefonds
In wackeligen Zeiten wie heute ist bei den Fonds Selektivität gefragt. Aktive Fondsmanager feiern ein Comeback. Kluge Köpfe erteilen kluge Ratschläge.

Nutzfahrzeuge
Unfälle mit Lastwagen und Bussen haben meist gravierende Folgen. Deshalb wird an der Verbesserung der Sicherheit von Nutzfahrzeugen gearbeitet.



Heisse Luft mit Emissionen

KLIMASCHUTZ Chinesische Fabriken machen ein Riesengeschäft mit zweifelhaften Emissionsreduktionen – perverse Anreize gefährden das Klimaziel.

ARMIN MÜLLER

Der Godelsee des chinesischen Ölkonzerns Petrochina steht in der Millionenstadt Liaoyang. Die Fabrik produziert Adipinsäure, ein Zwischenprodukt für Nylon, – praktisch zum Nulltarif.

Die märchenhafte Betriebsrechnung ermöglicht das Klimaschutzabkommen von Kyoto. Dabei verpflichtet sich Petrochina, das bei der Adipinsäureherstellung anfallende Lachgas, das Treibhausgas N₂O, zu vernichten. Dafür erhält das Unternehmen Gutscheine, die es an den Emissionsbörsen teuer verkaufen kann.

Lachgas zu vernichten ist billig. Aber es hat ein enormes Treibhauspotenzial: Eine Tonne ist so klimaschädlich wie 298 Tonnen CO₂. Jetzt haben Forscher des Stockholm Environment Institute berechnet, wie der Godelsee in Liaoyang für Petrochina funktioniert. Die Produktionskosten für ein Tonne Adipinsäure betragen je nach Fabrik 650 bis 1500 Euro pro Tonne. Für die Vermeidung der dabei entstehenden Menge Lachgas erhält der Produzent Emissionsgutschriften im Wert von rund 1000 Euro zum aktuellen Börsenkurs.

Die Einnahmen aus den Emissionsgutschriften übersteigen also im besten Fall die Produktionskosten, im schlechtesten verschaffen sie der Petrochina-Fabrik einen unschlagbaren Kostenvorteil gegenüber den Herstellern in Europa oder den USA.

Die ungeplanten Konsequenzen

Die fragwürdigen Zuteilungen von Emissionsgutschriften für Industrieabgase rufen heftige Kritik hervor. Denn Adipinsäure ist nur das neueste Beispiel für unbeabsichtigte Konsequenzen des Systems. Seit Juni streiten sich Umweltorganisationen und Industrie um die Behandlung von Emissionsgutschriften aus der Kühlmittelherstellung. 19 Fabriken – zwölf in China, fünf in Indien und zwei in Lateinamerika – kassieren seit Jahren hohe Gutscheine für die Reduktion

von HFC-23, einem stark klimaschädlichen Treibhausgas. Für 20 Cent, die die Vernichtung von 100 Gramm HFC-23 kostet, erhalten sie ein Zertifikat für eine Tonne CO₂ im Wert von 14 Euro.

Das erzeugt perverse Anreize. Der Betrieb der Kühlmittelfabrik lohnt sich alleine wegen der Vernichtung des Abfallprodukts HFC-23. Untersuchungen zeigen, dass die Produktion des Treibhausgases ausgeweitet wurde, um mehr Emissionsgutschriften zu kassieren. Das zuständige Aufsichtsgremium der Uno hat deshalb im Juli die Notbremse gezogen: Bis auf weiteres können die Fabriken keine Gutscheine mehr geltend machen.

Die 19 HFC-23-Projekte waren für die Hälfte aller bisher ausgegebenen Emissionszertifikate verantwortlich. Jetzt versuchen die Uno-Behörden und die EU, das Problem mit den Industrieabgasen noch vor dem Klimagipfel im mexikanischen Cancún zu entschärfen.

Die grosse Täuschung

Die Industriestaaten haben sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet, Treibhausgase zu reduzieren. Dabei haben sie die Möglichkeit, mit Reduktionsprojekten in Entwicklungsländern Gutscheine zu erwerben, um ihre zu hohen Emissionen zu kompensieren. Wenn aber der Mechanismus dazu führt, dass die Produktion aus dem Westen, wo die Hersteller längst kei-

ne solchen Abgase mehr in die Luft lassen, nach China verlagert wird, findet gar keine Emissionsreduktion statt.

Die Forscher des Stockholm Environment Institute schätzen, dass ein Fünftel der Emissionsgutschriften für die Adipinsäureherstellung in den Jahren 2008 und 2009 durch solche Produktionsverlagerungen ermöglicht wurden, also reine Phantom-Reduktionen waren.

Forscher fanden heraus, dass ein Fünftel der Emissionsreduktionen Phantom-Reduktionen waren.

Das ist ein Riesengeschäft: Bisher wurden 2525 Projekte zur Emissionsreduktion gemäss Kyoto-Abkommen zugelassen, nur vier sind Adipinsäurefabriken – zwei in China, eine in Brasilien und eine in Südkorea. Aber diese vier sind für 20 Prozent aller bisher ausgestellten Emissionsgutschriften verantwortlich. Die Analyse der Stockholmer Experten könnte deshalb weitreichende Auswirkungen auf das Emissionshandelssystem haben. Denn sie unterhöhlt dessen Glaubwürdigkeit und politische Akzeptanz. Umweltorganisationen fordern den Ausschluss von Industrieabgasen aus

dem EU-Emissionshandelssystem, dem wichtigsten Markt für Zertifikate.

In den Verhandlungen von letzter Woche konnte keine Einigung erzielt werden, vor allem Italien und die Energiebranche sollen sich gegen Restriktionen gewehrt haben. Emissionshändler rechnen trotzdem damit, dass die Bedingungen für Gutscheine aus Industrieabgasen deutlich schärfer werden und ab 2013 im EU-Emissionshandel nicht mehr zugelassen werden. Die Zertifikate aus Lachgas und HFC-23-Projekten werden mit einem Abschlag gehandelt, weil unklar ist, wie lange sie noch genutzt werden können. Mit diesen beiden Projektarten würden die wichtigsten Lieferanten von Emissionszertifikaten wegfallen, stellen sie doch bisher 70 Prozent aller ausgestellten Zertifikate.

Der theoretisch elegante Mechanismus des Kyoto-Abkommens – der Markt sorgt dafür, dass die Emissionen dort reduziert werden, wo es am wenigsten kostet – krankt in der Praxis vor allem an zwei Schwierigkeiten. Zum einen dürfen Projekte nur dann in den Genuss von Emissionsgutschriften kommen, wenn die CO₂-Reduktion ohne Subventionierung nicht realisiert worden wäre. Denn ohne dieses Kriterium der «Zusätzlichkeit» würde der Mechanismus global zu mehr Treibhausgasen führen, weil dank dem Kauf der Zertifikate ein Unternehmen im Westen seine Emissionen erhöhen darf.

Kriterien nicht erfüllt

Das System hat beachtliche Erfolge erzielt, so gibt es heute kaum mehr grosse Abfalldeponien, in denen das entstehende Methan nicht abgefangen wird. Oft ist jedoch die «Zusätzlichkeit» kaum zu bestimmen. So hat das PESD, ein Forschungsinstitut der renommierten Stanford University, kürzlich Windkraftanlagen untersucht, die in China mit Emissionsgutschriften gefördert wurden. Die Forscher kamen zum Schluss, dass die Projekte das Kriterium der Zusätzlichkeit nicht erfüllten.

BÖRSE FÜR EMISSIONEN

Handel ist eine elegante Lösung

Kyoto-Protokoll Die Industriestaaten einigten sich 1997 in Kyoto auf ein Klimaschutz-Protokoll mit verbindlichen Zielen für den Ausstoss von Treibhausgasen. Es trat 2005 in Kraft und läuft 2012 aus, ein Nachfolgeabkommen ist bisher nicht zustande gekommen. Die USA haben es nicht ratifiziert.



Ausstoss von Treibhausgasen: Der Handel von Emissionen wirkt.

Die EU ist mit ihrem EU ETS weltweit der Vorreiter bei der Umsetzung des CO₂-Emissionshandels.

Emissionshandel Wird der Ausstoss von Treibhausgasen begrenzt, können Zertifikate ausgegeben werden. Sie geben einem Unternehmen das Recht, eine bestimmte Menge auszustossen und sind frei handelbar. Wer sauberer produziert und sie nicht benötigt, verkauft sie über die Börse an Unternehmen, deren Emissionsreduktion höhere Kosten verursacht würde. Der Markt sorgt für Effizienz: Emissionen werden dort reduziert, wo die Kosten am tiefsten sind.

Vorteile Der Emissionshandel ist ökonomisch die eleganteste Lösung für das Verschmutzungsproblem, weil die Emissionen zu den tiefsten Kosten auf das politisch gewünschte Niveau gesenkt werden. Die zweitbeste Lösung sind CO₂-Steuern, doch führen sie dazu, dass das eingesparte Öl einfach anderswo verbrannt wird. Normen und Standards sind wirksam, aber ineffizient. Subventionen, etwa für erneuerbare Energien, sind zwar politisch die beliebtesten Massnahmen, aber gleichzeitig am teuersten und am wenigsten wirksam.

Nachteile Die Möglichkeit der CO₂-Kompensation in Entwicklungs- und Schwellenländern ist anfällig für Betrügereien und Tricks. Die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen in diesen Ländern bietet einen Anreiz für die dortigen Behörden, selber auf griffige Klimaschutzgesetze und -massnahmen zu verzichten.

Entscheidend war dabei, dass die chinesischen Behörden die Einspeisetarife für die Windkraftanlagen senkten, sodass sie nur dank den Emissionsgutschriften rentabel wurden – und so das Kriterium der «Zusätzlichkeit» erfüllten. Emissionsgutschriften als Ersatz für staatliche Subventionen – das ist natürlich nicht der Zweck des Kyoto-Abkommens. Mehrere chinesische Windprojekte wurden in der Folge nicht für Gutscheine zugelassen oder zur Überprüfung zurückgewiesen. Heftig umstritten sind auch Emissionsgutschriften für grosse Staudammprojekte.

Die zweite Schwierigkeit resultiert aus Interessenkonflikten. Alle Beteiligten haben einen Anreiz, das Niveau der erzielten Emissionsreduktion möglichst hoch anzusetzen: Der Projektentwickler will hohe Einnahmen,

die Käufer von Emissionsgutschriften ein grosses Angebot und damit tiefe Preise. Als Schiedsrichter amtiert ein Uno-Gremium, der CDM-Exekutivrat. Er registriert die Projekte, für die Emissionsgutschriften fliessen. Hierzu akkreditiert er Auditoren, die jedes Projekt nach genau vorgeschriebenen Regeln begutachten müssen.

Das Risiko steigt

Doch die Prüfgesellschaften werden von den Projektentwicklern bezahlt und haben ein Interesse, das Projekt für gut zu befinden, schliesslich hoffen sie auf Folgeaufträge. Axel Michaelowa, Forscher der Uni Zürich und Mitgründer des Beratungsbüros Perspectives: «Sie haben keinen Anreiz, vernünftig zu prüfen.» Eine Analyse der Prüfer des deutschen Oeko-Instituts fiel im Sommer schlecht aus.

Immerhin hat der CDM-Exekutivrat die Zügel angezogen und die Prüfungen verschärft. Er hat drei der führenden Auditoren jeweils für drei Monate suspendiert, nachdem er bei Stichproben eine ungenügende Prüftätigkeit festgestellt hatte. Die schweizerische Société Générale de Surveillance (SGS) musste zur Strafe vom 11. September bis 4. Dezember 2009 als Auditor aussetzen.

Das Risiko der Ablehnung eines Projektes ist klar gestiegen: Der Anteil der schon bei der ersten Prüfung der Validierung, gescheiterten Projekte stieg gemäss Bloomberg innert Jahrzehrist von 41 auf aktuell 59 Prozent. Auf der Website der Uno-Organisation finden sich unter den abgelehnten auch von Schweizer Unternehmen mitfinanzierte Projekte, so etwa solche des Zementkonzerns Holcim.

Ablass im Ausverkauf

CO₂-KOMPENSATION Wer seinen Flug klimaneutral kompensiert, muss einen seriösen Anbieter wählen – sonst leidet das Klima.

ARMIN MÜLLER UND ISABELLE SCHÄFER

Umweltbewusste Konsumenten verkleinern ihren ökologischen Fussabdruck. Ausgerechnet der Papst hinterliess seinen in einem Fettnapf. Der Vatikan erklärte sich vor drei Jahren zum «ersten CO₂-neutralen Staat» der Welt. Die ungarische Firma KlimaFa sollte die Emissionen des Vatikans durch grossflächige Aufforstung in Ungarn kompensieren – was in Wirklichkeit nie geschah.

Nicht nur die Kirche kämpft mit den Tücken der CO₂-Kompensation. Reuige Klimasünder berechnen ihre Emissionen und kompensieren sie freiwillig mit dem Kauf von entsprechenden Zertifikaten. Kompensationsagenturen investieren diese Beiträge in Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern. Wer Flüge, Autofahrten oder die Ferien klimaneutral gestalten will, findet unzählige Angebote – und verwirrende Unterschiede (siehe Tabelle).

So spucken die Klimarechner für den Flug Zürich–New York die unterschiedlichsten Resultate aus. Der Klimasünder, der mit Carbon Neutral kompensiert, verursacht 1,4 Tonnen CO₂. Bei der kanadischen Less stösst sein Flug drei Mal so viel aus: 4,6 Tonnen. Und der Rechner von Myclimate, der bekannteste Anbieter hierzulande, kommt auf 2,6 Tonnen. Auch die Preise scheinen mit dem Zufallsgenerator berechnet zu werden: Der billigste Anbieter Climatecare fordert für die Klima-Kompensation des New-York-Flugs 21 Franken. Less, der teuerste, verlangt fast zehn Mal so viel. Das schlechte Gewissen beruhigen also Discounter und Luxusanbieter. Und mit tieferen Preisen versuchen manche Anbieter, Marktanteile zu erobern – wie in einem richtigen Markt. Dort gibt es den Ablass im Ausverkauf.

Kompensationen sind komplex, und ungeprüft und oft ihr Geld nicht wert.

Einsparung einer Tonne CO₂ durch ein Projekt hierzulande sehr viel mehr kostet als zum Beispiel in Peru.

Der Kuoni-Rechner, ebenfalls von Myclimate betrieben, kommt für den New-York-Flug auf Kompensationskosten von nur 60 Franken, weil der Reiseanbieter damit speziell ein Projekt auf Bali unterstützt, das tiefere Kosten pro Tonne CO₂-Einsparung verursacht als der Durchschnitt der Myclimate-Projekte. Die Fila, die eine Kompensation für die Teilnahme an der Weltmeisterschaft in Südafrika anbot, verlangte wiederum einen anderen Preis, weil damit ein Projekt im Gastland finanziert wurde. «Eine Tonne CO₂ ist eben nicht einfach eine Tonne CO₂», sagt René Estermann, Chef von Myclimate.

Immer wieder Anlass für Kritik an den Kompensationsagenturen gibt die Qualität der Klimaschutzprojekte. Wie eine Umfrage der «Handelszeitung» unter Firmenkunden zeigt, müssen sich

diese auf die Seriosität der Anbieter verlassen, da sie deren Arbeit nicht überprüfen können. Myclimate in Zürich gilt als einer der seriösen Anbieter.

Wild West im Klimamarkt

Aber es gibt auch andere: Umfangreiche Recherchen von NECIR, einem Zentrum für investigativen Journalismus an der Boston University, zeigen, dass freiwillige Klimakompensationen «ein Wild-West-Markt ist, anfällig für Betrug und Übertreibungen», und dass schlecht durchgeführte Projekte oft wenig oder nichts für den Klimaschutz tun.

Die Rechercheure dokumentierten weitere hochfliegende Projekte, die nie die versprochenen CO₂-Reduktionen lieferten: Ein israelisches Hilfswerk verkaufte Kompensationszertifikate unter dem Vorwand, neue Klimaschutzprojekte zu finanzieren. In Wirklichkeit finanzierten sie damit Forstprojekte, die seit 60 Jahren laufen. Ein Anbieter in San Francisco gab die Kundengelder weiter an Naturschutzgruppen, die als Gegenleistung versprachen, keine Bäume zu fällen auf Land, das sie schon besaßen. Bei einem Kompensationsprojekt in Indien wurden Einheimische von ihrem Land vertrieben für den Bau von Windkraftanlagen, welche die versprochene Leistung nie erbringen konnten. Ein Aufforstungsprojekt in Panama wurde den einen Kunden als Kompensationsprojekt angepriesen und anderen gleichzeitig als Investition in ein Holz-fäller-Unternehmen.

Die Reporter kommen zum Schluss: «CO₂-Kompensationen sind die Finanzderivate des Umweltgeschäfts: Komplex, unreguliert, ungeprüft und – in vielen Fällen – ihren Preis nicht wert.»

	KOMPENSATIONSANBIETER					
	Myclimate	Atmosfera	Climate friendly	Carbon neutral	Climate-care	Less
Retourflug Zürich–New York						
- Berechnete CO ₂ -Emissionen (in Tonnen)	2,6	4,2	4,1	1,4	1,8	4,6
- Kosten (in Franken)	90	133	133	22	21	203
Retourflug Zürich–London						
- Berechnete CO ₂ -Emissionen (in Tonnen)	0,4	0,5	0,4	0,2	0,2	0,5
- Kosten (in Franken)	13	16	14	3	2,3	24

QUELLE: ANBIETERWEBSITEN

ANZEIGE

Interim Management by aim

The number one in Switzerland

ad interim management ag

www.aim.ch +41 44 444 28 28 info@aim.ch